

PN 07-2010 / Gemeinde Meine

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

die Sitzung des Meiner Gemeinderates am 15. Juni beendete eine interessante Sitzungsfolge die besonders von zwei Themen beherrscht wurde, den Kindertagesstätten und der Finanzsituation der Gemeinde. Bei den Kindertagesstätten war über eine Gebührenanpassung und die weitere Betriebsführung des DRK- Kindergartens zu beschließen. Nach der erforderlichen Beratung im Ausschuss für Jugend- und Senioren und im Finanzausschuss, wurde die Beitragsanpassung für unsere Kindertagesstätten im Rat einstimmig verabschiedet. Die Anpassung der Elternbeiträge erfolgt in möglichst regelmäßigen Abständen nach dem Lebenshaltungskostenindex. Dieses Vorgehen wurde bereits in der vorangegangenen Wahlperiode vereinbart und beschlossen, um zu vermeiden, dass nach einem längeren Zeitraum eine dann erforderliche Erhöhung, die Eltern unverhältnismäßig belastet. Durch die jetzt beschlossene Anpassung erhöhen sich die Elternbeiträge um 2,98%. Ebenfalls in diesen Themenbereich fiel die anstehende Entscheidung über die Kündigung des Betriebsführungsvertrages für den DRK- Kindergarten mit dem Kreisverband. Zum 1. Januar 2006 war diese Kindertagesstätte durch die Gemeinde in die Trägerschaft des DRK- Kreisverbandes übergeben worden. Zuvor war der Kindergarten 55 Jahre durch den DRK- Ortsverein, dem wir auch die Entstehung dieses ältesten Kindergartens unserer Gemeinde verdanken, in ehrenamtlicher Arbeit geführt worden. Für die Gemeinde, die in Meine und den Ortsteilen vier weitere Kindertagesstätten betreibt, und die den in den vergangenen Jahren ständig gestiegenen Anforderungen im Verwaltungsbereich, mit der Einrichtung der Stelle einer Sachbearbeiterin Jugend und Soziales erfolgreich begegnen konnte, ergeben sich durch die Rücknahme des DRK- Kindergartens in die eigene Verantwortung erhebliche Vorteile. Sämtliche Kosten wurden auch in den vergangenen Jahren von der Gemeinde getragen. Die wichtigste Voraussetzung für die Rücknahme der Trägerschaft war, dass sich absolut keine Veränderungen für Kinder, Eltern und Mitarbeiter ergeben. Die gute Zusammenarbeit mit dem DRK- Ortsverein soll natürlich auch in Zukunft fortzuführen werden. Aus diesem Grund wurde dem Ortsverein vorgeschlagen, einen Förderverein für den Kindergarten einzurichten. Dieser Förderverein des DRK- Ortsvereins soll dann mit zwei stimmberechtigten Mitgliedern im Kuratorium der Kindertagesstätte vertreten sein, um auf Entscheidungen mit einwirken zu können. Deutlich herausstellen möchte ich den großen Dank der Gemeinde für den engagierten Einsatz des DRK- Ortsvereins in den 60 Jahren seines Bestehens und ebenso unsere Anerkennung für die kompetente Arbeit des Kreisverbandes und die gute Zusammenarbeit in den vergangenen fünf Jahren.

Der zweite große Themenkomplex waren die Gemeindefinanzen, die natürlich im Zusammenhang mit der Diskussion um den Neubau eines Gemeindezentrums zu betrachten sind. Auslöser war ein Schreiben des Landkreises Gifhorn zum Haushalt 2010, in dem die finanzielle Situation der Gemeinde negativ dargestellt wurde und die Genehmigung erforderlicher Kredite für den Neubau eines Gemeindezentrums in den kommenden Jahren in Frage gestellt wurde. Diese Feststellungen kann ich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht realistisch nachvollziehen, da bisher weder eine endgültige Planung vorliegt noch der Beschluss zum Baubeginn gefasst wurde. Bisher liegt lediglich der einstimmige Beschluss des Gemeinderates vor, ein Gemeindezentrum bauen zu wollen. Bis zu einem tatsächlichen Baubeginn sind noch viele Fragen zu klären und die ersten Planungen sind grundlegend zu überarbeiten. Selbstverständlich bleibt es bei der Aussage, dass ein Projekt dieser Größenordnung nur mit einer parteiübergreifenden großen Mehrheit des Rates umgesetzt werden kann. Fast überflüssig ist es zu erklären, dass natürlich die Finanzierbarkeit des Projektes sichergestellt sein muss. In dieser Phase ist dann auch die Zustimmung der Aufsichtsbehörde des Landkreises für die erforderliche Kreditaufnahme erforderlich. Es wird doch wohl nicht ernsthaft erwartet, dass die Gemeinde Meine jetzt damit beginnt, die Bausumme für dieses große Projekt zusammenzusparen. Die aktuelle Finanzsituation der Gemeinde Meine stellt sich übrigens nicht so düster dar, wie ich mit einigen Zahlen gern deutlich machen möchte. Zu Beginn des Jahres 2007 lag die Verschuldung bei 2.044.000,-€ bei einer Rücklage von 273.000,-€. Bis zum Beginn dieses Jahres konnte die Verschuldung bereits auf 1.641.000,-€ reduziert werden. Dieser Schuldsumme ist jedoch eine Rücklage von 1.473.000,-€ gegenüberzustellen. Die Zurückhaltung bei Investitionen, mit Blick auf das große vor uns liegende Projekt, hat also Wirkung gezeigt, ohne dass wir auf wichtige Maßnahmen verzichten mussten. Die Einrichtung des Jugendhauses im alten Bahnhof und zwei neue Krippengruppen wurden neben anderen kleinen Maßnahmen trotzdem umgesetzt. Absolut richtig ist hingegen, dass die Belastung der Gemeinde durch Samtgemeinde- und Kreisumlage in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen ist und weitere Steigerungen zu erwarten sind. Es kann aber nicht sein, dass wir als Gemeinde durch die Investitionen von Kreis und Samtgemeinde und durch Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene immer stärker belastet werden, so dass wir unsere eigenen Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Während wir in den kommenden Monaten die Planungen für ein neues Meiner Gemeindezentrum weiter bearbeiten, werden wir gleichzeitig die Entwicklung der finanziellen Situation genau zu beobachten haben. Dazu wird unter anderem auch die geänderte Darstellung nach Einführung der Doppik gehören.

Der Kultur- und Sportausschuss hatte bereits im Mai ein weiteres Mal über die Flutlichtanlage des Sportplatzes in Wedelheine zu beraten. Bei einer Überprüfung der Statik hatte sich gezeigt, dass die vorhandenen Masten nicht mehr verwendet werden können. Da ein vorliegendes Angebot für die Erneuerung der gesamten Anlage nicht die Zustimmung der Ausschussmitglieder fand, wird uns dieses Thema auch in der nächsten Sitzung des Ausschusses beschäftigen. Vorangegangen war der Sitzung eine Besichtigung der Turnhalle der Samtgemeinde. Die Sauberkeit und der allgemeine Zustand der Halle und der Nebenräume hatten zu Kritik der Vereine geführt, die die Möglichkeit haben, die Halle für den Breitensport zu nutzen. Die Gemeinde Meine erstattet der Samtgemeinde die Betriebskosten von jährlich ca. 18.000,-€. Schon während der Besichtigung wurde den Sparten des TSV- Meine, als hauptsächlicher Nutzer der Halle für den Breitensport, eine kurzfristige Verbesserung der Situation zugesichert. Ebenso wichtig war aber auch die Frage nach der zukünftigen Nutzungsmöglichkeit der Halle. Nach den Sommerferien wird es in der Halle, die in den Besitz des Landkreises Gifhorn übergegangen ist, für ein Jahr keinen Schulbetrieb geben. Ob und in welcher Form dann eine Nutzung für die Vereine möglich ist, muss mit dem Kreis geklärt werden. Durch die Samtgemeinde wurde aber zugesichert, dass die vorhandenen Sportgeräte in der Halle verbleiben und die bereits festgestellten Mängel an den Geräten beseitigt werden. Wie in jedem Jahr hat die Straßenschaukommission der Gemeinde, die sich aus den Mitgliedern des Bauausschusses zusammensetzt, die innerörtlichen Straßen und Fußwege im Gemeindegebiet begutachtet, bei denen Schäden oder Sanierungsbedarf besteht.

Bei diesem Termin wurde deutlich, dass trotz des unverhältnismäßig strengen Winters, der auch die Straßen einer besonders starken Belastung ausgesetzt hat, keine großen Schäden an den Gemeindestraßen aufgetreten sind. Hier zahlt sich die kontinuierliche Instandhaltung der Straßen über viele Jahre aus. Ein nicht so erfreuliches Thema ist und bleibt der fehlende Rad- und Fußweg zwischen Ohnhorst und Gravenhorst. Die verhältnismäßig kurze Strecke ist nicht nur die Verbindung zwischen den beiden Ortsteilen, sondern die landschaftlich wunderschöne Lindenallee ist außerdem Teil eines der ältesten niedersächsischen Radwanderwege. Durch die kurvenreiche Streckenführung und den für eine Allee typischen beidseitigen dichten Baumbestand ist diese Straße aber für Radfahrer und Fußgänger nicht ungefährlich. Über Jahrzehnte hatte die Strecke es geschafft sich bis zum Jahr 2007 auf Platz

vier der Prioritäten-Liste des Landkreises für die Erstellung von Radwegen vorzuarbeiten. Kurz vor dem Ziel- Platz drei war fertig gestellt- wurde das Projekt dann aus für mich nicht nachvollziehbaren Gründen auf Platz 10 verschoben. Jetzt hatte ich doch ernsthaft gehofft, dass mit der Überarbeitung der Prioritätenliste in diesem Jahr die Zurücksetzung dieses Radweges rückgängig gemacht werden könnte. Da tut sich ein neues Problem auf: Die Bewertung der Radwege wird jetzt in besonderem Maß von der Nutzung als Schulweg abhängig gemacht. Da wir keine Schule mehr haben und es nach Schwülper mit dem Fahrrad nun doch etwas zu weit zu sein scheint, brauchen wir auch keine Radwege. Dumm gelaufen! Der Beschluss über die Prioritätenliste wurde im Bauausschuss des Landkreises zunächst noch einmal vertagt. Ein wirklich wichtiges Projekt wurde dafür sofort beschlossen- eine Bezuschussung des Radwegneubaus zwischen Rethen und Schwülper an der L321.

Interessant für alle Bürger unserer Gemeinde ist auch die Entwicklung um die Erweiterung des Flughafens Waggum. Nachdem die Informationsveranstaltungen in Bechtsbüttel und Grassel auch sehr gut von Bürgern der Stadt Braunschweig besucht waren, die auch gründlich die Möglichkeit genutzt haben, ihren verständlichen Unmut zu äußern, hat es mich sehr verwundert, das zu einer Veranstaltung in Braunschweig die Bürger unserer Gemeinde bereits im Vorfeld durch die Presse regelrecht eingeladen wurden. **„Ein Teilnahme- und Rederecht an der Veranstaltung haben nur die Bewohner der Braunschweiger Ortsteile.“**Die Vorstellung des Gutachtens zu den Folgen der Sperrung der Grasseler Straße und den möglichen Alternativen der künftigen Verkehrsführung in diesem Bereich ist aber auch für uns von großem Interesse, da der Ausweichverkehr vermutlich unsere Straßen und Ortsteile belasten wird. Wenn das die Vorstellung des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Braunschweig, Dr. Gert Hoffmann, von einer Zusammenarbeit mit Blick auf eine zukünftige „Region Braunschweig“ ist, dann kann ich nur hoffen, dass wir davon verschont bleiben.

Ihre Ines Kielhorn

Bürgermeisterin